



**Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter**

Jahresbericht Türkei 2018

In der Türkei tritt die Regierung auch in diesem Jahr verstärkt mit Festnahmen von politischen Aktivisten, Journalisten und anderen Personen auf. Amnesty International (AI) geht bei den allermeisten Fällen von willkürlichen Prozeduren aus bis hin zu einer Kampagne der Einschüchterung regierungskritischer Menschen. So wurden sechs Journalisten, darunter Nazli Ilicak, Ahmet Altan und Mehmet Altan, zu lebenslanger Haft verurteilt und sollen 30 Jahre in Haft verbringen, weil sie versucht hätten, die „Rechtsordnung außer Kraft zu setzen“. Zu den Haftbedingungen gehören 23 Stunden am Tag in Einzelhaft, was die UN Standards zur Behandlungen von Inhaftierten, auch Nelson Mandela Rules genannt, verletzt.

Am 14. September protestierten mehrere hundert Bauarbeiter, die im Rahmen des neuen Istanbuler Flughafens tätig waren, gegen schlechte Arbeitsbedingungen und nicht gezahlte Löhne und Sozialversicherungen. Die Proteste wurden unter Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern aufgelöst. Zum Abend vom 15. September wurden 500 Bauarbeiter, die in ihren Unterkünften schliefen, festgenommen. 24 Personen sitzen noch heute in Haft.

Das Verschwinden des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi warf viele Fragen auf. Er hatte zuletzt das Saudische Konsulat in Istanbul betreten. Im September 2017 war Khashoggi ins selbstgewählte Exil in die Türkei gegangen. Laut Berichten des türkischen Außenministeriums sei der kritische Journalist noch in Gewahrsam des Konsulates. Es mehrten sich jedoch die Stimmen, dass Khashoggi in dem Saudischen Konsulat in Istanbul hingerichtet wurde. Saudi Arabien hätte damit nicht zum ersten Mal kritische Bürger, die sich im Ausland aufhielten, außer Gefecht gesetzt. Jedoch wäre der Mord eines offiziell anerkannten Flüchtlings auf dem Boden des Konsulates im Ausland ein neues Tief. Eine Koalition von internationalen Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International (AI), hatte die Türkei dazu aufgefordert, den UN Generalsekretär zu einer Investigation zum Falle des verschwundenen Journalisten aufzurufen. Später hatten sich die Befürchtungen über eine außergerichtliche Exekution bewahrheitet.

Am 16. November wurden 13 zivilgesellschaftliche Aktivisten verhaftet. Darunter befinden sich Osman Kavala, der die friedlichen „Gezi Park“ Proteste anführte und die Organisation „Anadolu Kültür“ gründete. Außerdem wurden die Universitäts-Professoren Turgut Tarhanli und Betül Tanbay festgenommen sowie die Regisseurin Cigdem Mater. AI wertet die Festnahmen als ein weiteres Zeichen für die Unterdrückung der Zivilgesellschaft und als politisch motiviert. Seit dem versuchten Militärputsch vom 15. Juli 2016 wurden 1.500 Organisationen und Stiftungen geschlossen, es sitzen noch immer 150 Journalisten in Haft und 130.000 Behördenangestellte wurden entlassen, weil ihnen die „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ vorgeworfen wurde.